



Protokollauszug zum GEMEINDERAT

am Donnerstag, 12.07.2018, 17:05 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal

ÖFFENTLICH

TOP 1

Rückblick Zukunftskonferenz

Beratungsverlauf:

Rückblickend berichtet Frau **Helm** (Referat Nachhaltige Stadtentwicklung) anhand einer Präsentation (vgl. Anlage zum Protokoll) von der vergangenen Zukunftskonferenz am 22./23.6.2018 in der MHP-Arena. Ein bunter Querschnitt der Bevölkerung habe in Arbeitsgruppen lebhaft diskutiert. Neben Impulsvorträgen habe es beispielsweise auch Beiträge der Jugend, sowie eine Markt der Möglichkeiten gegeben.

Im Anschluss berichtet Herr **Gasser**, der bisher bei allen drei Zukunftskonferenzen teilgenommen habe, über seine Eindrücke. Zusammenfassend halte er die vergangene Zuko für die Beste. Das Format der Veranstaltung, auch am neuen Veranstaltungsort, sei gut gewesen.

Auch Frau **Buchmann**, als Vertreterin des Jugendgemeinderats, habe das Format und der Austausch mit den verschiedenen Menschen gut gefallen. Es sei ihr Wunsch, dass bei kommenden Konferenzen evtl. noch mehr Jugendliche teilnehmen. Evtl. könne gezielter Werbung an Schulen gemacht werden. Herr **Kunz** (Eigenbetrieb Tourismus und Events Ludwigsburg) zeigt anhand eines Kurzfilms wie Rund 200 Teilnehmer der Zuko das barocke L formen, welches künftig Kampagnen der Stadtverwaltung im Rahmen der Marke Ludwigsburg zieren werde.

Abschließend bedankt sich OBM **Spec** bei allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern die zum Gelingen der Zukunftskonferenz beigetragen haben. Weitere Verbesserungsvorschläge seitens der Fraktionen würden gerne entgegengenommen werden.

Beschluss:

1. Den in der Begründung dargestellten Maßnahmen mit Gesamtkosten von maximal 12,2 Mio. Euro wird zugestimmt.
2. Für die Finanzierung des erforderlichen Eigenanteils von 6,1 Mio. Euro stehen im Finanzhaushalt 2018 im TH Referat Nachhaltige Stadtentwicklung; Klimaschutz, Nachhaltige Mobilität insgesamt 1 Mio. Euro zur Verfügung. Die restlichen Mittel von maximal 5,1 Mio. Euro werden im Haushalt 2019 veranschlagt.
3. Zur Finanzierung des Eigenanteils wird ein weiterer Förderantrag nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG) in Höhe von 30 % der Gesamtsumme beantragt.
4. Im Ergebnishaushalt 2018 werden 50.000 Euro für Öffentlichkeitsarbeit, Veranstaltungen/Netzwerktreffen, Raummieten und Reisekosten bereitgestellt. Die Finanzierung erfolgt aus den Budgets der Fachbereiche bzw. aus der Deckungsreserve.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 35 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadtrat Kube
- Stadträtin Liepins
- Stadträtin Moersch
- Stadtrat Seybold
- Stadtrat von Stackelberg
- Stadträtin Wiedmann

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** ruft TOP 2 auf und verweist auf die Vorlage 243/18. Nach intensiver Diskussion sei im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung ein einstimmiger Empfehlungsbeschluss gefasst worden. Die Digitalisierung sei lediglich ein Teil des Maßnahmenpaketes. Die anvisierten Maßnahmen seien ein Quantensprung an Technologie.

Anhand einer Präsentation, die dem Protokoll als Anlage beigelegt ist, erläutert Herr **Handtrack** (Referat Nachhaltige Stadtentwicklung) den Sachverhalt und stellt die Fördermaßnahmen vor. Weiter erläutert er die einzelnen Maßnahmen, wie die Smart City Cloud, Digitale Parklenkung Weststadt, Multi Message Lines, digitale Parkraumerfassung, INES/ANNA, Umweltmessboxen, Digitalisierung Lichtsignalanlagen, Verkehrsflusszählungen, Bluetooth-Erkennung, Halb-öffentliche Monitore/ Fahrgastinformationssysteme und Konzeption 5G.

OBM **Spec** merkt an, dass mit diesem Maßnahmenpaket die Chance bestehe, Fahrverbote zu verhindern. Innerhalb kurzer Zeit sollen nach Möglichkeit die Grenzwerte eingehalten werden. Über den Green City Masterplan werde in der kommenden Gemeinderatssitzung berichtet.

OBM Spec eröffnet die Aussprache

Stadtrat **Herrmann** dankt für die gute Darstellung. Durch viele Maßnahmen der letzten Jahre sei die Luft deutlich sauberer geworden. Er lobt das stetige Sinken des Stickstoffdioxidwertes, der schon über 70 Mikrogramm gelegen habe. Der Durchschnittsjahreswert von derzeit 51 Mikrogramm könne wahrscheinlich noch dieses Jahr auf den erlaubten Grenzwert von 40 Mikrogramm gesenkt werden.

Durch das Parkleitsystem werde der Parksuchverkehr reduziert. Ebenso nennt er den Verkehrsleitreechner und andere Maßnahmen. Hierdurch könne ohne Verbote die Werte gesenkt werden. Er fasst zusammen, dass der Parksuchverkehr reduziert werden solle, ebenso müsse der Verkehrsfluss optimiert werden und Fahrgastinformationen im ÖPNV attraktiver gestaltet werden. Ludwigsburg habe die richtigen Maßnahmen getroffen. Seine Fraktion werde der Vorlage zustimmen.

Die Digitalisierung sei noch keine Problemlösung, so Stadtrat **Prof. Vierling**. Der Autoverkehr erzeuge in der Stadt zu viel Feinstaub, Lärm, Stickoxide und Kohlendioxid. Es gehe darum, attraktive Alternativen zum Auto anzubieten um die Mobilität zu fördern, auch im öffentlichen Nahverkehr. Es stelle sich die Frage, wie man den Umstieg auf das Fahrrad oder den ÖPNV fördere. Das städtische Maßnahmenprogramm wirke extrem technikgeprägt. Die digitale Parklenkung, Parkplatzvorreservierung und gestaffelte Parkgebühren seien ein guter Ansatz, dem er zustimmen könne. Dennoch brauche man die Einsicht der Autofahrer. Ebenso könne hierdurch eine Überkapazität bei der Schaffung von Parkierungsraum verhindert werden. Bereits heute seien die Parkhäuser nicht ausgelastet. Die Vorlage sei teilweise widersprüchlich. Insbesondere geht Prof. Vierling auf die Lichtsignalanlagen ein. Er ordne dies der Priorisierung des öffentlichen Verkehrs zu und nicht der Vorbereitung des automatisierten Fahrens. Hier wünsche er sich noch mehr Information. Dies sei in der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung nicht deutlich dargestellt worden. Die Digitalisierung der Ampeln für die Priorisierung des ÖPNV sehe er als wichtig. Skeptisch sei er aufgrund der hohen Werte am Messpunkt Friedrichstraße, da hier die Ampelanlage im Fokus stehe und der Verflüssigung des Autoverkehrs. Insgesamt leide das Vorgehen unter der Reihenfolge. Die Erkenntnisse aus dem Green City Masterplans wolle er wissen. Er wolle wissen, welche Maßnahme wieviel Stickoxidreduzierung bringe. Der Ausbau der Fahrradwege und Carsharing stocke und dies wolle er anmahnen. Ebenso die Vollelektrisierung der Busflotte und Taxen. Er merkt an, dass die Maßnahme des automatisierten Fahrens in der Vorlage nicht genannt und dies im Vortrag eingeschoben worden sei.

OBM **Spec** merkt an, dass diese Technologie einen multifunktionalen Nutzen habe. Beispielhaft nennt er die direkte grüne Welle für Einsatzfahrzeuge. Mit dieser Technologie bestehe die Möglichkeit die Busse wirksam zu bevorzugen. Auch könne hierdurch die Akzeptanz für den ÖPNV gesteigert werden. Für alle Verkehrsteilnehmer sei die Digitalisierung vorteilhaft. Die weiteren Themen, wie Carsharing, würden in der nächsten Sitzung vertieft.

Stadtrat **Dr. O'Sullivan** dankt für die gute Arbeit. Die SPD-Fraktion werde der Vorlage zustimmen. Er sehe die Eilbedürftigkeit, dennoch müssen die einzelnen Maßnahmen diskutiert werden. Er verweist auf die Verwendung von Steuergeldern. Die angegebenen Ideen seien sehr abstrakt. Bei den noch zu treffenden Einzelentscheidungen im Gemeinderat werde es sicherlich noch ganz intensive Diskussionen geben. Auch zum Thema Datenschutz seien noch Fragen offen. Der Verkehr müsse nicht nur verflüssigt, sondern auch verringert werden. Bei der Entscheidung über die einzelnen Maßnahmen werde die Studie des Green City Masterplans weiterhelfen. Die Maßnahmen seien multifunktionell. Kurzfristig brauche man mehr, um die Schadstoffbelastung zu verringern. Hier spricht er die Maßnahmen, wie Fahrradwege, die Verflüssigung des Verkehrs oder das vergünstigte Fahrticket, an. Er gebe zu bedenken, dass ohne Debatte fünf Millionen Euro in den Etat 2019 reingeschrieben werden.

OBM **Spec** merkt an, dass es heute um die Digitalisierung als Teilprogramm gehe.

Überrascht über die umfangreichen Statements zeigt sich Stadtrat **Weiss**. Er kritisiert einzelne Themen der Vorredner. Die Digitalisierung sei nur ein Teil der Maßnahmen, die nötig seien. Weiter geht er auf die enge Zeitschiene ein und will wissen, wie diese umgesetzt werden solle.

OBM **Spec** fügt hinzu, dass Radwege in dem vorgesehenen Programm nicht förderfähig seien. Alle sinnvollen Maßnahmen sollen genutzt werden.

Stadtrat **Eisele**, vergleicht das Digitalisierungsprogramm mit einem Restaurantbesuch. Man befinde sich derzeit bei dem Gruß aus der Küche. Die Datensicherheit sei sicher ein wichtiges Thema, aber Panikmache sei nicht angesagt. Man wolle mit einem Sofortprogramm für saubere Luft Fahrverbote vermeiden. Durch einen gesteuerten und optimierten Verkehrsfluss könne diese deutlich verbessert werden. Weiter spricht er das Parkraummanagement, Optimierung durch Bluetooth und die Lichtsignalanlagensteuerung, auch für den Individualverkehr, an. Durch diese Maßnahmen gebündelt in der Smart City Cloud und den 5G Standard könnten Fahrverbote vermieden werden.

Stadträtin **Dziubas** werde der Vorlage zustimmen. Die genannten Maßnahmen seien zeitgemäß. Klar sei ihr nicht, wie die Bewohner der Weststadt vom digitalisierten Parken profitieren sollen. Sie hoffe auf eine anwohnerfreundliche Maßnahme. Ansprechen wolle sie die Busspuren, welche schnell umsetzbar seien.

Die Vorlage sei beeindruckend, so Stadträtin **Burkhardt**. Die technischen Möglichkeiten seien zusammengestellt worden. Kritisch sehe sie, dass alle Punkte hauptsächlich den Autoverkehr betreffen. Vorteile hiervon habe dennoch auch der öffentliche Nahverkehr. Problematisch sehe sie die Zeitschiene. Hier spricht sie auch die personellen Fragen an und fragt, ob mehr Personal eingestellt werden müsse. Der Haushaltsplan 2019 werde finanziell belastet. Grundsätzlich sei es ein Problem, wenn der Verkehr auf der Autobahn zusammenbreche.

Stadtrat **Lettrari** dankt für den Vortrag. Die Erklärungen seien ausreichend. Hervorragende Arbeit sei bereits bei der Ampelschaltung an der Ecke Schorndorferstraße/ Oststraße geleistet worden.

Herr **Handtrack** geht auf die offenen Fragen und das Gesamtprogramm saubere Luft ein. Man bewege sich mit der heutigen Vorlage im Feld der Digitalisierung. Zudem erläutert er die gestellten Anträge in den weiteren Feldern. Alle Maßnahmen werden zu einer Verringerung der Belastung und zur Vermeidung von Fahrverboten führen. Weiter geht er auf die Themen Datenschutz und Luftreinhalteplan ein.

Stadträtin **Burkhardt** wünscht eine Antwort auf die Frage, wie die technische Einrichtung auf die Problematik mit der überfüllten Autobahn reagiere.

Herr **Handtrack** merkt hierzu an, dass die Verkehrsinfrastruktur bei einer Überlastung technisch nicht aufgefangen werden könne. Wenn vor der Tür 10 000 Autos mehr stehen gehe dies mit der besten Digitalisierung nicht.

OBM **Spec** fügt hinzu, dass dieses Thema im Zusammenhang mit einem Ausbau der A81 zu beraten sei. Man brauche eine Verbesserung des ÖPNV. Die weiteren Themen werden in der nächsten Gemeinderatssitzung in Verbindung mit dem Green City Masterplan umfangreich vorgestellt. Im Anschluss lässt er über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

Die von KBK Architekten erarbeitete städtebauliche Planung für das Regele Areal der Kreissparkasse Ludwigsburg (s. Anl. 3) wird im Grundsatz beschlossen. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob das Genehmigungsverfahren ohne Änderung des rechtsgültigen Bebauungsplans durchgeführt werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 32 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 0 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadtrat Köhle
- Stadtrat Kube
- Stadträtin Liepins
- Stadträtin Moersch
- Stadtrat Seybold
- Stadtrat von Stackelberg
- Stadtrat T. Lutz
- Stadträtin Wiedmann

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** verweist auf die Vorberatung im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt (BTU) am 28.06.2018.

BM **Ilk** geht auf den Inhalt der Vorlage 236/18 ein und erläutert den Verlauf der BTU Beratung mit dem Ergebnis der einstimmigen Beschlussempfehlung. Das Thema Verkehr habe keine Auswirkungen auf die städtebauliche Gestaltung. Zu diesem Thema gebe es einen gesonderten Termin.

OBM **Spec** eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Noz** wolle eine klare Aussage der Verwaltung, ob ein Bebauungsplan benötigt werde. Er hoffe durch die Zuziehung des Gestaltungsbeirates und der Durchführung des Wettbewerbes, dass ein Bebauungsplan vermieden werden könne. Weiter wolle er wissen, wo die Anbindung der Tiefgarage sei. Er habe auf das Verkehrsgutachten gehofft. Die Kreissparkasse habe die Zusage erhalten, dass sie während der Sommerferien in die Planung gehen könne.

Stadträtin **Dr. Knoß** merkt an, dass die Verkehrssituation untersucht werde. Die Zu- und Abfahrten der Tiefgarage habe Auswirkung auf die ganze Innenstadt. Hierzu gebe es noch einen Workshop. Eine Entscheidung müssen von allen Gemeinderatsmitgliedern getroffen werden.

Man sei auf einem guten Weg, so Stadtrat **Juranek**. Persönlich sehe er die Weiterplanung als hervorragend an. Die Baumassengliederung und die Einpassung in die Umgebungsbebauung sei sehr gut, trotz der Massierung. Eine Herausforderung sehe er noch in der öffentlichen Tiefgarage. Ob eine öffentliche Tiefgarage möglich sei, müsse sich noch zeigen. Im Zweifelsfall müsse auf

frühere Überlegungen, wie den Zeughausplatz oder Schillerplatz, zurückgegriffen werden. Die Verwaltung habe den Prüfungsauftrag bezüglich der Notwendigkeit einer Änderung des Bebauungsplanes. Die Kreissparkasse könne ab der Erdgeschosebene weiterplanen. Er könne dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Dem Bauvorhaben zugestimmt habe er nur unter der Prämisse, dass es öffentliche Tiefgaragenplätze gebe, so Stadtrat **Rothacker**. Die Verwaltung habe den Auftrag zu prüfen, ob die Genehmigung ohne Bebauungsplan erteilt werden könne. Er sei der Meinung, dass vor der weiteren Planung die Thematik der Tiefgarage geregelt werden müsse. Der Workshop sei erst ende des Monats vorgesehen und im Workshop werde nichts entschieden.

Stadtrat **Heer** begrüßt den Bau der Kreissparkasse. Hierdurch werden Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze gesichert. Die stadtplanerischen Gestaltungen und städtebaulichen Bedingungen kommen zu den unternehmerischen Bedingungen hinzu. Die Ergebnisse des Wettbewerbes seien gut. Er sei der Auffassung, dass der Neubau in der Innenstadt Akzente setzen werde. Das Engagement der Kreissparkasse sei bemerkenswert. Er werde der Vorlage gerne zustimmen.

Kritik kommt von Stadträtin **Burkhardt**. Sie teilt mit, die Dichte der Bebauung und die Höhenentwicklung der Gebäude passen nicht in das Quartier, das immerhin in der westlichen Innenstadt angesiedelt sei. Höhenüberschreitungen von 7 bis 16 Meter bei der schon weiterbearbeiteten Planung würden das gesamte Stadtbild zwischen Schillerstraße und Garten-/Blumenstraße verändern. Es dürfe nicht sein, dass die Interessen einer Bank, das ihr gehörende Gelände so umfangreich wie möglich auszunutzen, wichtiger seien, als der Erhalt des besonderen Charakters der Stadt Ludwigsburg. Sie sei der Meinung, dass das Vorhaben in den Gestaltungsbeirat gehöre und ein Bebauungsplan aufgestellt werden müsse, der die Anforderungen an die Stadtgestaltung soweit als möglich in Einklang bringt mit den Wünschen der Bank auf Konzentration ihrer Flächen. Die Vorlage 236/18 lehnen sie daher heute ab. Sie bittet ihren Wortbeitrag in das Protokoll aufzunehmen.

BM **Ilk** fügt hinzu, dass es Ziel sei, das Bauvorhaben zu ermöglichen. Man wolle Rechtssicherheit schaffen. Die Verwaltung werde dies prüfen. Die Zu- und Abfahrt der Tiefgarage und die verkehrlichen Verhältnisse werden in einem gesonderten Termin beraten. Der Beschluss über den verkehrlichen Bereich werde im Herbst gefasst. Über die Sommerferien könne die Kreissparkasse weiterplanen.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt, lässt OBM **Spec** über die Vorlage abstimmen.

Beratungsverlauf:

Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. Von der Mitteilungsvorlage 218/18 wird Kenntnis genommen.

TOP 5**Genehmigung eines überplanmäßigen Aufwandes im
Teilhaushalt des Fachbereichs Tiefbau und
Grünflächen für das Haushaltsjahr 2017****Vorl.Nr. 228/18**

Beschluss:

Der überplanmäßige Aufwand wird im Ergebnishaushalt des Fachbereichs Tiefbau und Grünflächen im Haushaltsjahr 2017 in Höhe von 215.000 € genehmigt.

Die Deckung erfolgt aus Mehrerträgen der Gewerbesteuer.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 34 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadtrat Köhle
- Stadtrat Kube
- Stadträtin Liepins
- Stadträtin Moersch
- Stadtrat Seybold
- Stadtrat von Stackelberg
- Stadträtin Wiedmann

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** verweist auf die Vorberatung und die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung (WKV) vom 26.06.2018. Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Spec lässt über die Vorlage 228/18 Beschluss fassen.

Beschluss:

Der dem Gemeinderat vorgelegten **Gebührenkalkulation 2018** (Anlage) wird zugestimmt. Den gebührenfähigen Gesamtkosten der öffentlichen Einrichtungen, welche in die Gebührenkalkulation eingestellt wurden, wird zugestimmt.

Die Kostenüberdeckung bei der Schmutzwasserbeseitigung aus dem Jahr 2013 mit 1.077.462,64 EUR sowie anteilig für das Jahr 2014 i.H. von 360.000,-- EUR wird in die vorliegende Gebührenkalkulation eingestellt und somit vollständig im Jahr 2018 ausgeglichen.

Für die Niederschlagswasserbeseitigung erfolgt in 2018 kein Ausgleich von Vorjahresergebnissen. Bei der dezentralen Abwasserbeseitigung erfolgt 2018 der Ausgleich von Kostenüber- und -unterdeckungen der Jahre 2013 – 2016.

Die restlichen Kostenüber- / -unterdeckungen der Jahre 2014 - 2016 werden in die Wirtschaftsjahre 2019 ff. eingestellt.

Die **Gebührensätze** gemäß § 40 Abwassersatzung (AbwS) verändern sich für die **zentrale** Abwasserbeseitigung 2018 nicht.

Bei den Gebührensätzen der **dezentralen** Abwasserbeseitigung erhöht sich lediglich der Transportzuschlag auf 69 EUR (netto) aufgrund von Kostensteigerungen bei privaten Transportdienstleistern. Unverändert bleiben hingegen die eigentlichen Gebührensätze der dezentralen Abwasserbeseitigung.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 34 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:

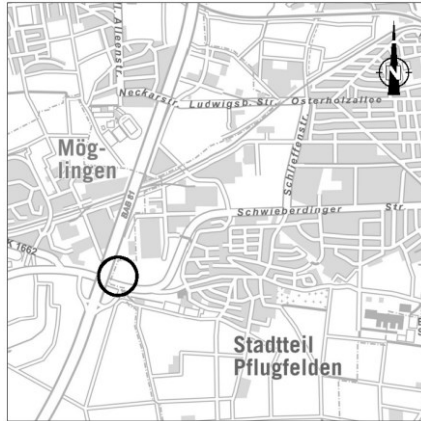
- Stadtrat Köhle
- Stadträtin Liepins
- Stadtrat Kube
- Stadträtin Moersch
- Stadtrat Seybold
- Stadtrat von Stackelberg
- Stadträtin Wiedmann

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** verweist auf die Vorberatung und die einstimmige Beschlussempfehlung des Betriebsausschusses Stadtentwässerung vom 05.07.2018. Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Spec lässt über die Vorlage 238/18 Beschluss fassen.

Beschluss:

- I. Die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 BauGB und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 BauGB eingegangenen Stellungnahmen (Anlage 4) werden zur Kenntnis genommen. Die Abwägungsvorschläge der Verwaltung werden entsprechend Anlage 4 beschlossen.
- II. Der Entwurf des Bebauungsplanes und der örtlichen Bauvorschriften „Westrandstraße Süd“ Nr. 022/17 wird aufgrund von Änderungen erneut beschlossen.
Maßgeblich sind der Bebauungsplanentwurf (Anlage 1), die textlichen Festsetzungen (Anlage 2) und die Begründung (Anlage 3), jeweils vom 15.06.2018.
- III. Die Verwaltung wird beauftragt, den Bebauungsplanentwurf und die örtlichen Bauvorschriften gemäß § 4a (3) i.V.m. § 3 (2) BauGB erneut öffentlich auszulegen und die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4a (3) i.V.m. § 4 (2) BauGB erneut einzuholen. Gemäß § 4a (3) wird die Einholung der Stellungnahmen auf die Öffentlichkeit sowie die von der Änderung oder Ergänzung berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange beschränkt.
- IV. Ziel der Planung ist die planungsrechtliche Sicherung der „Westrandstraße“, als ein wichtiges Element im Verkehrsnetz zur Entlastung der Hauptverkehrsstraßen innerhalb der Weststadt.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 33 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadtrat Köhle
- Stadtrat Kube
- Stadträtin Liepins
- Stadtrat T. Lutz
- Stadträtin Moersch
- Stadtrat Seybold
- Stadtrat von Stackelberg
- Stadträtin Wiedmann

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** verweist auf die Vorberatung und die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt (BTU) vom 05.07.2018. Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Spec lässt über die Vorlage 229/18 Beschluss fassen.